

KURZ UND PRÄGNANT

Energiekonferenz zur Elektromobilität

Zur dritten Energiekonferenz lädt DIE LINKE im Thüringer Landtag am 24. März 2018 (10-16 Uhr) ins Bildungszentrum des Südthüringer Handwerks nach Rohr-Kloster.

Nachdem sich die erste linke Energiekonferenz 2015 mit Windenergie und die zweite mit Wärmeenergie befasste, steht nun das Thema Elektro-Mobilität an. Zum Einstieg wird die Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Birgit Keller (DIE LINKE), referieren. Sie ist auch für die Verkehrspolitik zuständig. Zudem gilt es, die gesamte Verkehrsinfrastruktur neu zu denken, wenn tatsächlich eine andere Formen der Mobilität aufgebaut werden sollen. Länder wie Norwegen, Österreich und Frankreich haben bereits den Ausstieg aus dem Verkauf von Autos mit Verbrennungsmotoren mit konkreten Jahreszahlen beschlossen.

Auch Deutschland sollte mit einem Zeithorizont bis etwa 2025 wesentliche Grundlagen für die Elektromobilität schaffen. Doch die Entwicklung wirft viele ungeklärte Fragen auf. Welchen Weg schlagen wir als LINKE vor und welche Technologie und Strukturen wollen wir unterstützen? Soll künftig weiterhin jeder individuell sein Auto haben, aber elektrisch angetrieben? Oder setzen wir eher auf öffentliche und gemeinschaftliche Lösungen mit einem sozialen Anspruch, wie Bus, Bahn und Car-Sharing? Welche praktischen Lösungen von Elektromobilität gibt es für Spezialaufgaben in Industrie, Handwerk oder Landwirtschaft?

Wir wollen auf der Energiekonferenz mit ExpertInnen, PraktikerInnen, KommunalpolitikerInnen und Interessierten diskutieren. Neben Ministerin Keller haben bereits der Klimaschutzmanager des Ilm-Kreises Felix Schmigalle, der Geschäftsbereichsleiter Unternehmensentwicklung und Kommunikation der Thüringer Energie AG (TE-AG) Dr. Matthias Sturm und ein Vertreter der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH zu gesagt.

2016 hatte die rot-rot-grüne Landesregierung des Thema Elektromobilität erstmals auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt. Die CDU-geführten Regierungen zuvor hatten das Thema verschlafen.

Weitere Informationen gibt es demnächst unter www.die-linke-thl.de. ■

Geld für Aids-Hilfe

Die rot-rot-grüne Landesregierung fördert Beratung gegen Aids

Anlässlich des Tags der offenen Tür der „Aids-Hilfe Thüringen e.V.“ wurde am 10. Januar 2018 das neue Projekt „CHECKPOINT Erfurt“ vorgestellt. Hier können sich Menschen kostenlos, anonym, niedrigschwellig und ohne Anmeldung auf HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen testen und beraten lassen.

Die Auswertung der Test erfolgt durch einen Arzt. Ein weiteres gutes Angebot gegen die Bekämpfung von Aids, findet die Erfurter Landtagsabgeordnete Karola Stange, Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik der Thüringer Linksfraktion. Sie war bei der Eröffnung des „Checkpoint“ mit dabei und sagte anschließend: „Ich freue mich sehr, dass in Erfurt ein solches Projekt auf den Weg gebracht wird. Das ist eine Bereicherung im Kampf gegen Aids“. Vor Ort ließ sich Stange von den MitarbeiterInnen der Aids-Hilfe das Verfahren und den Test erklären. Die Politikerin der LINKEN ergänzte: „Es freut mich auch, dass die rot-rot-grüne Landesregierung die Mittel für die Aids-Hilfen deutlich erhöht“. Bis zum Jahr 2017 waren für die Aids-Hilfen jährlich 40.000 Euro eingeplant. Die rot-rot-grüne Landesregierung sorgt nun für eine deutliche Aufstockung der Gelder.



Markus Schebek und Nancy Wilhelm (AIDS-Hilfe Erfurt) und Landtagsabgeordnete Karola Stange (DIE LINKE).

Ab 2018 sollen nun 160.000 Euro fließen. „Ich bin sehr optimistisch, dass im Januarplenum des Landtages der Haushalt so beschlossen wird. Endlich erfahren die Aids-Hilfen wieder Anerkennung für ihr Engagement. Die CDU-Regierungen in Thüringen hatten 15 Jahre dramatisch die Mittel gekürzt“, erinnert die Abgeordnete Stange abschließend. ■

AIDS-Hilfe Thüringen e. V.
Liebknechtstraße 8
99085 Erfurt

Tel. 0361/731 22 33

Internet: www.erfurt.aidshilfe.de

Geöffnet: Donnerstag 18 - 20 Uhr

Neuerscheinung: Reichsbürger – eine unterschätzte Gefahr

Rund 15.000 Personen sollen aktuell bundesweit zur „Reichsbürger“-Szene gehören, die immer häufiger durch Prozesse von sich reden macht. Erst nachdem ein Polizist durch Schüsse eines „Reichsbürgers“ starb, wurde die Gefahr dieser Bewegung in der Öffentlichkeit ernst genommen. Das von dem Journalisten Andreas Speit herausgegebene Buch „Reichsbürger - eine unterschätzte Gefahr“ untersucht die Szene und ist nun über die „Thüringer Landeszentrale für politische Bildung“ zu beziehen.

Der Untertitel des Buches „Die unterschätzte Gefahr“ nimmt vieles aus den zehn Kapiteln des Sammelbandes vorweg. Während Herausgeber Andreas Speit („die tageszeitung“, „der rechte rand“, ...) in der Einleitung die Milieus und Projekte der „Reichsbürger“-Ideologie erläutert, skizziert er zusammen mit David Begrich die Entwicklung der Reichsideologie und ihrer Protagonisten in der extremen Rechten. Prägenden Figuren der Szene in Deutschland spüren Gabriela Keller und Jean-Philipp Baeck nach, während sich andere Kapitel der Bewaffnung sowie den Themen Antisemitismus und Gender in der Bewegung widmen.

Ein besonderer Erkenntnisgewinn für die alltägliche Praxis sind die Kapitel, in denen es um die Auseinandersetzung mit „Reichsbürgern“ verschiedener

Couleur in der öffentlichen Verwaltung und auf kommunaler Ebene geht. Und auch bisher in der Öffentlichkeit marginalisierte Aspekte greift das Buch auf, wenn Paul Wellsow die langjährige Verharmlosung durch die Verfassungsschutzbehörden akribisch nachzeichnet.



Hinnerk Berlekamp hingegen blickt über den deutschen Tellerrand und beleuchtet „Reichsbürger“ in Österreich, der Schweiz, Kanada, den USA, Australien und Neuseeland. Er kommt zu dem

Schluss, diese seien „ein globales Netzwerk“ mit „direkte(n) Verbindungen zwischen einzelnen dieser Staatsleugner-Gruppen und ihren Gesinnungsgenossen“. In ihrer Gesamtheit bilden die zehn Kapitel ein gut lesbares Grundlagenwerk, das fundierte Einblicke in die Bewegung der „Reichsbürger“ ermöglicht. Das Buch zeigt, dass die jetzt öffentlich thematisierte Radikalisierung der AkteureInnen aus der Bewegung bereits in ihrer Idee begründet liegt. Die Selbstermächtigung als „Souverän“ beinhaltet immer auch das angebliche Recht auf Selbstverteidigung gegen den vermeintlich unrechtmäßigen Staat. Eine Gefahr, vor der Opferberatungsstellen und antifaschistische Recherchen schon länger warnen. Diese langjährig gesammelten Erkenntnisse werden im Buch aufgegriffen und beweisen ihren Wert für die Problemanalyse, was sich auch in der Zählung von „Reichsbürgern“ zeigt: anders als die offizielle Behörden-Zahl kommen GerichtsvollzieherInnen derzeit auf etwa 40.000 ReichsbürgerInnen, mit denen die Justizbeamten tagtäglich konfrontiert sind.

Andreas Speit (Hg.): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Berlin 2018, Ch. Links Verlag / Zentralen für politische Bildung, 215 Seiten. Bestellung über www.lzt-thueringen.de